

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamezeile 50 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Adm. Nr. 96.

Fernsprecher Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Mich. Klein, Bad Ems

Nr. 229

Bad Ems, Montag, den 6. Oktober 1919

71. Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Die Ratifikation durch Japan.

Amsterdam, 5. Okt. Nach einer Meldung des Korrespondenten des Telegraaf verlautet in dortigen Kreisen, daß die Ratifikation des Friedensvertrages durch Japan eine Frage von Tagen ist.

Friedensvertrag im französischen Senat.

Paris, 5. Okt. Dem französischen Senat ist der Friedensvertrag zur Ratifikation zu. Der Senat wird für auswärtige Angelegenheiten trat sofort zusammen und kurze Zeit darauf übermittelte Leon Bourgeois seinen Bericht. Es wurde bestimmt, daß die Ratifikation am 9. Oktober beginnen solle. Allgemein wird angenommen, daß die Abstimmung am kommenden Samstag stattfinden wird.

Zum Eisenbahnerstreik in England.

London, 5. Okt. (Reuter.) Es verlautet, daß die Eisenbahner, bei denen eine Einigung erzielt werden konnte, auf der heute abend stattfindenden Massenversammlung bekannt gegeben werden. Die Arbeiter der Eisenbahn erhalten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Rußland und die Entente.

Paris, 5. Okt. Nach dem Temps hat sich ein scharfer Protest gegen jede Entscheidung der Alliierten ohne vorherige Übereinkunft erhoben. (Es wird beabsichtigt, die Alliierten wieder zu überzeugen.)

Zur Räumung der Baltischen Länder.

Berlin, 6. Okt. Wie der Volksanzeiger aus Genf meldet, wird Clemenceau in der morgigen Ententeratsitzung die ihm von General Dupont übergebene deutsche Mitteilung über die von Deutschland angebotene Kommission für eine nächste Ententeratsitzung vorlegen werden.

Wilson's Krankheit.

Berlin, 6. Okt. Wie dem Volksanzeiger aus New York gemeldet wird, besagt eine Meldung aus Washington, daß Wilson nicht besser geht, weil Herz und Atemtätigkeit der Puls zu schwach ist. Man fragt sich, ob die Krankheit nicht eine seelische ist.

Zur Wiederaufbau der Eisenbahn.

Berlin, 6. Okt. Nach dem Tageblatt sind neue Pläne im Gange, um die Reparaturen in den Eisenbahnen zu beschleunigen.

Zur Räumung des Baltischen Landes.

Die Reichsregierung hat einen von sämtlichen Regierungen unterzeichneten dringenden Aufruf an die Alliierten, in dem sie unter Hinweis auf die in der letzten Ententeratsitzung enthaltenen Drohungen erneuter Verhängung von Sanktionen, Sperren aller Kredite und Verweigerung der Hilfsmittel sich zum letztenmal an das Gewissen der Menschheit zu wenden. Der eiserne Notwendigkeit und dem Befehl der Entente sofort zu folgen.

Im Antwort auf das Ultimatum der Entente hat die Reichsregierung dem General Nibant eine Note übergeben, in der sie darauf hinweist, daß sie mit allen Mitteln die Truppen zu zwingen sucht, sich zu räumen, daß General v. d. Goltz abberufen und Generalleutnant v. Götterhard das Kommando über die Räumung übernommen hat, daß sie einen Aufruf an die Truppen erlassen hat.

Diese Maßnahmen sollten die deutsche Regierung zum Urteil der alliierten und assoziierten Regierungen über dem unbedingten Vorwurf führen, daß sie die Verletzung der deutschen Truppen als Vorwand benutze, um die Räumung der ehemals russischen Gebiete unerfüllt zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben hinreichenden Einblick in die Lage des Baltischen Landes, um zu wissen, daß die deutsche Regierung weitere militärische Zwangsmittel nicht zu Gebote stehen. Was den Einmarsch der Truppen in russische Formationen betrifft, so ist die deutsche Regierung diesem Vorgang durchaus abgeneigt; sie hat ihre Auffassung den Beteiligten gegenüber unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Regierung hat den festen Entschluß gefaßt, Deutschland durch eine Erneuerung der Zwangsmittel gegen die Lebensmittelfuhr abzuschneiden. Die alliierten und assoziierten Regierungen dürften nicht vergessen, daß gerade die Hungersnot nicht nur den Tod

hunderttausender Frauen, Kinder und Kranken verschuldet, sondern auch durch Schwächung der Arbeitsfähigkeit infolge chronischer Unterernährung nicht zum geringsten Teil die Verhungerserscheinungen verschuldet hat, unter denen Deutschland zurzeit so schwer leidet. Die deutsche Regierung gibt vielmehr der zuverlässigen Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihren guten Willen anerkennen und dementsprechend von den Kriegsmassnahmen gegen die deutsche Zivilbevölkerung, die doch keinesfalls eine Mitschuld an dem Verhalten der Truppen im Osten trifft, Abstand nehmen werden. Um aber auch den alliierten und assoziierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, sich von dem nachdrücklichen Ernst ihres Vorgehens zu überzeugen, ersucht die deutsche Regierung dieselben, mit ihr in die Beratung der notwendigen Maßnahmen einzutreten. Zu diesem Zweck schlägt sie die schnelle Bildung einer aus deutschen Vertretern einerseits und alliierten und assoziierten Vertretern andererseits gebildeten Kommission vor. Nach Ansicht der deutschen Regierung wäre deren Aufgabe, nach Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zur schnellen Durchführung zu treffen, zu überwachen und durchzusetzen. Die deutsche Regierung bittet, ihr eine baldige diesbezügliche Mitteilung zugehen zu lassen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

— Erleichterung der Gefangenschaft. Die zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen sind häufig nicht imstande, die nötigen Urkunden für die Gefangenschaft dem Landesbeamten vor Anordnung des Aufgebots mit der gewünschten Beschleunigung vorzulegen. Landesbeamte können aber auf die Urkunden verzichten, wenn ihnen die Tatsachen sonst glaubhaft nachgewiesen sind. Um den heimkehrenden Gefangenen das Eingehen einer Ehe nach Möglichkeit zu erleichtern, hat der Minister des Innern die Landesbeamten darauf hinzuweisen lassen, daß sie in vorliegenden Fällen besonderen Anlaß haben, von jener Befugnis Gebrauch zu machen.

— Heimförderung aus Frankreich. Wie die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene meldet, teilte die schweizerische Gesandtschaft in Paris offiziell mit, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrages in die Heimat zurücktransportiert werden. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich alles tun, um den Abtransport, soweit dies irgend in ihrer Macht liegt, zu beschleunigen. Die Reichszentralstelle teilt weiter mit, daß vom 24. bis 30. September im ganzen 4243 Heimkehrer in den Durchgangslagern eingetroffen sind. In dem Transport aus englischer Hand sind seit dem 17. September Transporte aus amerikanischer Hand hinzugekommen. Die Gesamtzahl der uns seit der Rote der Alliierten zurückgegebenen Kriegsgefangenen beläuft sich auf rund 130 000 Mann.

Schwedische Hilfe in der Lebensmittelversorgung.

Die Sozialdemokraten der Landesorganisation Schwedens haben beschlossen, der deutschen Sozialdemokratie eine Millionenanleihe zum Ankauf von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Der Finanzrat hat seine Zustimmung erteilt. Die Anleihe wird von den vier größten schwedischen Banken übernommen werden. Am Mittwoch ist Direktor Wäghberg zur Erledigung der Angelegenheit abgereist. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu: Aus der Meldung geht nicht hervor, welche Sicherheiten für die Millionenanleihe gewährt und verlangt werden sollen. Letzten Endes wäre auch zu fragen, ob die schwedische Sozialdemokratie wirklich nur wirtschaftliche Zwecke mit dieser wertvollen Transaktion verfolgen wird. Die Nachricht kann nur mit Vorbehalt wieder gegeben werden.

Spartakus in Berlin.

Der Streik der Metallarbeiter hat zu blutigen Zusammenstößen geführt. Um Demonstrationen zu verhindern, hatte die Sicherheitspolizei an allen Stellen, wo Zusammenkünfte stattfinden sollten, scharfe Abperrungen vorgenommen. Die Stimmung unter den Versammlungsbefuchern, die unrichtigere Dinge wieder umkehren mußten, war im allgemeinen ruhig. In der Nähe der Pharusäle im Norden von Berlin wurde ein Versammlungsleiter von der Polizei verhaftet und nach dem Polizeigefängnis gebracht. Auf dem Wege dorthin versuchte die Menge, den Verhafteten zu befreien. Vor dem Polizeigebäude in der Zugenburgerstraße hatte sich unterdessen eine tausendköpfige Menschenmenge eingefunden, die eine drohende Haltung gegen die Polizeibeamten einnahm. Die Menge versuchte, das Revolver zu stürmen und den Verhafteten zu befreien. Dabei wurde von einem Polizeibeamten scharf in die Menge geschossen, zwei Personen getötet und 6 Personen verletzt. Gegen 12 Uhr wurde von der Mülkenstraße her ein Verhafteter nach der Polizeiwache gebracht. Die Verhaftung war vor den Pharusälen erfolgt. Raun hatten die Beamten die Polizeiwache mit dem Verhafteten betreten, als eine größere Menschenmenge die Wache zu stürmen versuchte. Die Beamten gaben mehrere Schüsse ab, wodurch mehrere Personen getötet und verletzt wurden. In den Nachmittagsstunden wurden die gefährdeten Straßen

im Norden Berlins von der Sicherheitspolizei gesperrt. Zum erstenmal trat hierbei die Polizeifliegerstaffel in Kraft, deren Flugzeuge die Menschenmenge beobachteten und durch Abwurf der Bomben über den Kasernen der Sicherheitswehr an die genannten Plätze so starke Truppenmengen dirigieren konnten, daß die Versammlungen aufgelöst wurden, bevor die Redner zu sprechen beginnen konnten.

Die Friedensverhandlungen.

— Der australische Senat hat den Friedensvertrag ratifiziert und ein neues Verteidigungsgezet genehmigt, das eine Heeresstärke von annähernd 115 000 Mann vorsieht, die völlig kriegsmäßig ausgerüstet werden sollen.

Hebung der Währung.

Aus Washington wird die Mitteilung bestätigt, daß die amerikanische Regierung die Aussetzung der Zinszahlung auf die europäischen Anleihen genehmigt hat und zwar nach vorhergegangenen Verhandlungen mit den Alliierten, um die Valuta der Alliierten dadurch zu verbessern. In Amerika sind Schritte unternommen worden, welche einen lebhafteren Anteil am Handel mit Deutschland feststellen lassen, und um Deutschlands Kaufkraft zu stärken, wurden von amerikanischen Banken letzter Tage an den europäischen Börsen für einige 100 Millionen deutsche Marktscheine gekauft.

Eine größere Finanzdelegation aus allen alliierten Ländern Europas wird sich nächster Tage nach Amerika begeben, um dort die wirtschaftlichen und finanziellen Bedürfnisse Europas zu besprechen und für diese die Unterstützung der amerikanischen Hilfsquellen zu erlangen. Der Plan soll von 1700 amerikanischen Handelskammern ausgegangen sein, die das politische Ziel daher im Auge haben, Europa vor dem Volkswirtschaftlichen Ruin zu retten.

Schweizerische Blätter melden, daß in London 20 Millionen Reichsmark in Gold von der Reichsbank für die Entschuldung Deutschlands eingezahlt worden sind.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 3. Oktober.

Der erste Teil der heutigen Sitzung wurde wieder durch die Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen ausgefüllt. Die bereits mitgeteilte Anfrage des Abg. Dr. Kießer über die Ankerungen Scheidemanns zur Frage der Unterzeichnung des Friedens wird von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes beantwortet. Er stellt Mitteilungen des Ministers des Auswärtigen im Ausschuss über die Angelegenheit in Aussicht.

Auf die deutschnationale Anfrage wegen des Verbots des Religionsunterrichts und des Schulgebotes im Freistaat Gotha antwortet Unterstaatssekretär Schulz: Zur Aufhebung des Schulgebotes in Gotha sollen Ergänzungsvorschriften erlassen werden, wonach die Beibehaltung des Schulgebotes bei solchen Kindern zulässig bleibt, deren Erziehungsberechtigte sich für Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht entschieden haben. Ein Verbot des Religionsunterrichts ist in dem Gesetz nicht enthalten. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Becker-Hess (D. Sp.) über die Verzögerungen bei der Bezeichnung von Requisitionsforderungen und Entschädigungen von Einquartierungen usw. antwortet, wie bereits mitgeteilt, Geheimrat Förster.

Eine weitere Anfrage über die Zurückhaltung deutschen Zivilinternierter in überseeischen Ländern wird dahin beantwortet, daß die Regierung lebhaft bemüht gewesen sei, die in britischen Ländern gefangen gehaltenen Deutschen möglichst bald in die Heimat zurückzuführen. Die britische Regierung habe sich bereit erklärt, diese deutsche Zivilpersonen heimzuführen, sobald der dafür erforderliche Schiffsraum verfügbar sei. Die britische Regierung habe dieser Tage baldige Entscheidung über die besonders notwendige Heimförderung der in Indien Internierten in Aussicht gestellt.

Darauf tritt das Haus in die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Arbeitsnotgeld für Empfänger von Militärversorgungsbefürhungen ein und überweist die Vorlage nach kurzer Debatte dem sozialen Ausschuss.

Es folgt die Interpellation der Demokraten betr. Bewilligung von Mitteln zur Errichtung von Kleinwohnungen.

Abg. Bachorst de Wente empfiehlt in der Begründung besonders die Ansiedelung von Arbeitern in den Vororten und auf dem flachen Lande.

Der Reichswirtschaftsminister weist auf die Maßnahmen hin, die das Reich und die einzelnen Staaten ergriffen haben, um der Wohnungsnot zu begegnen, und sagt weiter, daß die Reichsregierung selbstverständlich für die besetzten Gebiete ganz besonders sorgen werde. Sie werde, wenn möglich durch selbständiges Vorgehen in den besetzten Gebieten durchgehendes Wohnumangel abheben.

In der Debatte waren alle Redner einig über die Notwendigkeit, auf dem Gebiet des Wohnungsbaus Hilfsmassnahmen zu ergreifen.

Sitzung vom 4. Oktober.

Die Nationalversammlung überweist zunächst einen Ergänzungsetat für das Rechnungsjahr 1919, der einige abermalige Ergänzungen des Besoldungsgesetzes betrifft, ohne Aussprache dem Hauptausschuss. Es folgt eine Anzahl Peti-

tionen. In einer Petition wird behauptet, daß kein wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen erfolge. Jeder Parteibericht treibe — bewußt oder unbewußt — Schönschreiber in dem, was ein Angehöriger der betr. Partei gesagt habe. Die Reden der gegnerischen Parteiführer dagegen würden entweder bis zur Entstellung des Sinnes gekürzt oder geradezu falsch wiedergegeben. An solche ungenauen Berichte knüpfen dann die Auseinandersetzungen in den Zeitungsartikeln der Tagespresse an, und Lügen über Lügen seien die unausbleibliche Folge. Dadurch entfände die Verhetzung des Volkes. Der Petent wünscht daher die Herausgabe eines amtlichen gekürzten Berichtes. Eine Reihe weiterer Petitionen wird ohne Aussprache, dem Antrage der Petitionskommission entsprechend, der Regierung als Material bezu. zur Verächtlichung überwiesen. Darunter befindet sich eine Petition, die Maßnahmen gegen den vom deutschen (sozialdemokratischen) Textilarbeiterverband verübten Terror gegenüber den Mitgliedern der Gewerkschaft der Textilarbeiter im Verband katholischer Arbeitervereine wünscht.

Die nächste Sitzung am Dienstag (2. Beratung des Haushaltsplanes: Reichspräsident, Reichsministerium, Reichskanzler, Justizministerium).

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 3. Oktober.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst drei kleine Anfragen. Nach deren Beantwortung durch Regierungsvertreter folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichsiedelungsgesetz vom 11. August 1919.

Landwirtschaftsminister Braun. Das Gesetz ist eine Neubearbeitung der Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungsland. Das neue Reichsgesetz bildet im allgemeinen nur den Rahmen für Organisation und Betätigung auf dem Siedelungsgebiete, überläßt im wesentlichen aber die weitere Ausgestaltung den Bundesstaaten. Die hohen Hoffnungen auf Beschaffung von Siedelungsland haben nicht alle erfüllt werden können. Daneben bestanden die bekannten großen Schwierigkeiten in Bezug auf die Bauten. Gleichwohl wird versucht werden, auch durch Anwendung der verbilligten Bauweise und durch Einbeziehung der eigenen Arbeitskraft des Ansiedlers bei der Bautätigkeit soviel als möglich vorwärts zu kommen. Die Domänen sind überwiegend noch verpachtet. Jedoch sind in etwa drei Monaten schon über 26 000 Morgen pachtfrei an kleine Leute abgegeben worden, darunter etwa 5000 Morgen Forstbestand. Aus Privatbesitz sind erhebliche Flächen zur Verfügung gestellt worden. Aber zweifellos ist dies alles nur ein geringer Nothelfer, und es muß in nächster Zeit mehr getan werden. Der Hauptzweck des Entwurfes ist denn auch, den Behörden eine Handhabe zu bieten, eine lebhafteste Tätigkeit zu entfalten. Das leitende Motiv für den ganzen Entwurf ist die Gewährleistung eines zweckmäßigen und beschleunigten Verfahrens. Die Finanzierung durch öffentliche Mittel ist Sache des Reiches und der Einzelstaaten. Wir können öffentliche Mittel nicht positiver anlegen, als im Dienste der innern Kolonisation.

Abg. Matzies (Soz.) beantragte Ausschussberatung.

Die Abgg. Schmittmann (Zentr.), Schümer (Demokrat) und Matzies (Soz.) erklären sich für Annahme des Gesetzes.

Abg. Dr. von Kries (Deutschnat. Volksp.): Nach unserer Auffassung ist die ganze Vorlage hinfällig, wenn es nicht gelingt, die Finanzierungsfrage zu lösen. Bei der Entschädigung wird die Verschleppung des öffentlichen Rechtsweges vielleicht schneller zu einem Ergebnis führen. Nach unserer Ansicht widerspricht der Entwurf in vieler Hinsicht dem demokratischen Prinzip.

Abg. Mehrhof (U. S.): Durch die Ansiedlung wird einer großen Anzahl von Existenzen auf dem Lande Lebensunterhalt gewährt werden. In den Schwierigkeiten der Finanzierung kommen noch die Schwierigkeiten auf dem Devisenmarkt. Eine Einigung der Bundesländer zu Siedelungszwecken ist nach meiner Erfahrung absolut ausgeschlossen. Wir müssen auch endlich einmal die Art an den richtigen Landbesitz legen.

Abg. Held (Deutsche Volksp.): Es wird darauf ankommen, große Güter, die intensiv bewirtschaftet werden, und den kleinen und Mittelbesitz zu schonen. Einseitig müssen wir die Hand davon lassen, solche Güter zu zerschlagen. Unterstützt werden muß namentlich der bäuerliche Kleinbesitz, der ohne fremde Hilfe mit seinen eigenen Familiengliedern arbeitet. Auch die Landarbeiterschaft muß in die Lage gebracht werden, eine Siedlung erwerben zu können. Vor allem muß die oberste Behörde dafür sorgen, daß das bei ihnen vorhandene richtige Verständnis für die Siedlungsfrage auch bis zu den nachgeordneten Behörden durchdringt.

Die Vorlage geht an den Siedlungsausschuss.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 10. März 1919 über Familiengüter. Die Verordnung verfügt die Auflösung der Familiengüter, die bis zum 1. April 1921 durch Familienschluß erfolgt sein muß, wenn nicht die Zwangsausschließung angeordnet werden soll. Die Verordnung ist am 1. April in Kraft getreten. Der Rechtsausschuss beantragt, die Verordnung zu genehmigen.

Abg. Graf Kanitz (Deutschnat. Volkspart.): Ich halte für nötig, noch post festum für den Fideikommiss eine Lanze zu brechen. Die Gegnerchaft gegen die Fideikommiss ist nur bei Leuten verständlich, die dem sozialpolitischen Kommunismus huldigen. Die Einschränkung der Verfügungsfreiheit des Besitzers und namentlich die Verachtlichung der nachgeborenen Kinder sind Unrechtsstände. Alle diese Unrechtsstände hätte man durch eine praktische Gesetzgebung beseitigen können, die das Veraltete aufhob, das wirklich Gute aber konserverte. Der Redner empfiehlt seinen Antrag, diejenigen Fideikommiss, die wegen ihrer Größe nicht in der Lage sind, den zur Auflösung erforderlichen Familienschluß bis zum 1. April 1921 durchzuführen, nicht der Zwangsausschließung verfallen zu lassen, sondern diese Fideikommiss ordnungsmäßig aufzulösen.

Abg. Dr. Berndt-Stettin (Demokr.): Die Aufrechterhaltung der Fideikommiss ist geradezu schädlich für die Volkswirtschaft. Es ist durchaus notwendig, hier so schnell wie möglich durchzugreifen. In dem Antrage des Grafen Kanitz auf eine Fristverlängerung über den 1. April 1921 hinaus ist von unserer Seite ein Zusatzantrag gestellt worden, der den Auflösungsstermin bis zum 1. April 1923 hinauschiebt. Es muß einem Mißbrauch der Fristverlängerung ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Verordnung wird genehmigt. Die Anträge Graf Kanitz und Dr. Berndt werden gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Darauf wird die zweite Haushaltsberatung bei der Verwaltung der direkten Steuern fortgesetzt.

Die Anträge auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien, auf Umgestaltung der Staatseinkommensteuer und auf Einschränkung der Steuervorteile infolge von Gemeindungen gehen an den Haushaltsausschuss.

Abg. Hauschildt (Soz.): Es ist unabwiesbare Pflicht der Regierung, eine neue Steuerreform einzubringen, um das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzurichten, denn sonst erdrücken uns die Lasten. Der Weg zur Deckung der neuen Lasten muß in dem Ausschuss gefunden werden. Eine unbedingte Befreiung der Steuerpflichtigen der untersten Etagen ist infolge der jetzigen starken Entwertung des Geldes unerlässlich. Das Steuerprärogativ der Beamten läßt sich aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht länger aufrecht erhalten.

Abg. Goll (Dem.): Die Erwerbslosenunterstützung hat infolge der langen Dauer des Krieges die Volksmoral stark untergraben. Hier muß die Regierung mit starker Hand eingreifen. Die Vorarbeiten für die Steuerveranlagung sind in vielen Städten bedauerlicherweise immer noch nicht erledigt. Eine große Anzahl von Leuten, die zu den Schiefern gehören, wird überhaupt nicht zur Steuer herangezogen werden können. Für die Sozialisierung monopolartig geworden Betriebe sind auch wir, aber nicht für Sozialisierung nur aus dem Grunde, um die Gemeinden zu bereichern. Bei allen Sozialisierungen ist in erster Linie der Vorteil der Allgemeinheit, das Interesse des Konsumenten zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Kaeher-Gröfswald (D.-Nat.): Der Übergang der Finanzhoheit Preußens auf das Reich ist eine der bedeutendsten Umschichtungen in der preussischen Beamtenorganisation. Ein Recht des Zurücktretens nach Preußen sollte den Beamten gewährt werden, wenn es ihnen im Reichsdienst nicht gefällt. Der Reichsfinanzminister hat die süddeutsche Finanzverwaltung für gut, die preussische für schlecht erklärt. Wir müssen gegen jene Bemerkung des Ministers Erzberger Protest erheben. Mit der Bestellung selbständiger Steuerkommissare solle man im Reich nicht all zu flüchtig vorgehen. Redner bespricht sodann die Ausbildung der höheren und mittleren Steuerbeamten, erörtert ferner die Frage der Abgrenzung der Landesfinanzämter und empfiehlt besondere Berücksichtigung der Provinz Schleswig-Holstein. Die zu dem Steueretat gestellten Anträge beantragt er dem Staatshaushaltsausschuss zu überweisen.

Darauf wird die Beratung auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

Deutschland.

Die Neuordnung der Provinzialverwaltung. Der 16. Ausschuss der preussischen Landesversammlung nahm den Gesetzentwurf über die Errichtung einer besonderen Provinz Oberschlesien und die erweiterte Zuständigkeit der Provinzialverbände in dritter Lesung an. Das Gesetz soll sofort mit Verkündung in Kraft treten. Nach einer Erklärung der Regierung wird der dem Zentrum angehörige Regierungspräsident von Oppeln, Bitter, mit den Geschäften des Oberpräsidenten betraut.

Das Betriebsrätegesetz. Im Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung begründete Abgeordneter Dr. Hise (Ztr.) einen von den Mehrheitsparteien vereinbarten Antrag, wonach dem Artikel 1 folgende Bestimmungen eingefügt wurden: „a) zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) des Betriebs dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten. b) Sind in solchen Betrieben mindestens fünf Arbeitnehmer und fünf Angestellte beschäftigt, so einigen sich die Mehrheiten beider Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Betriebsobmann, so wählen die Arbeiter und die Angestellten je einen Betriebsobmann.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wurde ferner gegen wenige Stimmen, den Betriebsobmann in den Gewerbebetrieben von fünf Arbeitern einzuführen. Ein Antrag Dr. Hise (Ztr.): „In landwirtschaftlichen Betrieben ist der Betriebsobmann erst bei zehn Beschäftigten zu wählen.“ wurde mit 14 Stimmen gegen 13 abgelehnt. In landwirtschaftlichen Betrieben können gewerblichen Betrieben gleichgestellt. Ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien, der die Aufstellung und Bildung von eignen Gruppen von Angestellten- und Arbeiterräten zur Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen fordert, wurde ebenfalls angenommen. Der Artikel 2 fand ohne Debatte Annahme. Bei der Beratung des Artikels 3 wurde vorerst über die Einordnung und den Begriff der Heimarbeiter beraten.

Die Rückzahlung der Besatzungskosten. Auf eine Anfrage des liberalen Abgeordneten Dr. Becker, dessen, über die Verzögerung der Begleichung von Requisitionsforderungen, von Entschädigungen für Einquartierungen usw. ließ die Reichsregierung in der Nationalversammlung durch den Geheimrat Förster folgende Erklärung abgeben: Die Klagen von Gemeinden aus dem besetzten Gebiet über Nichtzahlung oder Verzögerungen von Zahlungen für Kriegseinsparungen sind hauptsächlich darin begründet, daß die Befehlsmächte bisher die Durchführung des Gesetzes vom 2. März 1919 über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet nicht zugelassen haben. Durch Verhandlungen ist erreicht worden, daß die englischen und amerikanischen Militärbefehlshaber jetzt die Feststellung der Vergütungen gestatten, so daß nach Abschluß des Feststellungsverfahrens der Auszahlung nichts im Wege steht. Die Franzosen dagegen haben ihren Standpunkt noch nicht aufgegeben. Deshalb sind von der wegen Ausführung des Rheinlandsabkommens nach Versailles entsandten deutschen Kommission eingehend Verhandlungen ge-

führt worden, die das Ergebnis gehabt haben, daß inerten ein im Benehmen mit dem Reichskommissar lassendes Reglement in Aussicht gestellt haben. Frage für das ganze Gebiet einheitlich zu regeln. icken hat der Reichsminister der Finanzen den Bankrunge reichliche Mittel zur Zahlung von Besatzungskosten gestellt. So sind für das linksrheinische Gebiet seit März 1919 zusammen 310 Millionen besen im Mai fünf Millionen, für die bayerische September zehn Millionen bezahlt worden. Sache meinden wird es sein, begründete Anträge an ihre Regierung zu stellen, damit diese dann direkt mit Reichsminister der Finanzen anfordert.

Der erste Staatsvertrag mit Belgien. Mittwoch nachts 11 Uhr im Auswärtigen Amt gezeichnet worden. In den einleitenden Worten des wird versichert, daß die beiden Staaten gewillt sind in der Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse entgegenzukommen, und zu diesem Zweck zunächst das men über die Amnestie für politische Verbrechen und gehen sowie über die Freilassung der Kriegsgefangenen geschlossen werden wird. Der Vertrag tritt mit dem seiner Ratifizierung in Kraft. Er ist in deutscher, beland und französischer Sprache abgefaßt. Zu der Eizung, die Unterzeichnung stattfand, wurden die Vertreter lands und Frankreichs zugezogen. Dieses Abkommen erste freie Staatsvertrag, den die Republik Deutsch aber auch die Republik Polen abgeschlossen haben.

Luxemburg.

Die Volksabstimmung. Nach dem tigen Ergebnis der Volksabstimmung haben von eingeschriebenen Stimmberechtigten 50 485 gestimmt, gültig waren 5113 Stimmen. Für die Großherzogin Charlotte stimmten 66 811, für eine andre Großherzogin 1286, für eine andre Dynastie 889, für die Republik 1286. Bei der Abstimmung über den wirtschaftlichen schluß waren von 82 375 abgegebenen Stimmen ungültig; für Belgien erklärten sich 22 242, für Reich 60 135.

Frankreich.

Der baldige Rücktritt Clemenceaus. so wird aus Zürich gemeldet, jetzt besiegelt zu sein. will ein Kabinett der großen republikanischen Parteien bilden. Wie die Liberte zu melden weiß, wird in der zöfischen Kammer eine Debatte über die allgemeine der Regierung einsehen, die den Sturz Clemenceaus führen soll. Wer sein Nachfolger wird, ist noch nicht bekannt.

Die Reichswochenhilfe.

Am 1. Oktober ist ein Gesetz, betr. die Versorgung Wöchnerinnen in Kraft getreten, das von der Nationalversammlung noch im August vor den Ferien verabschiedet worden aber seitdem kaum beachtet worden ist. Der Reichsden das Gesetz erfaßt, zerfällt in vier große Gruppen: 1. Gruppe Wochenhilfe: die vermög eigener rungsfähigkeit von den Krankenkassen zu versorgenden Wöchnerinnen. Sie erhalten einen Beitrag von 50 M. zu den Kosten der Entbindung und ein Wöchengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 M. täglich an 7 Tagen der Woche, 10 Wochen lang. Drittens steht ihnen zu einer von 25 M., falls ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich ist. Viertens wird ein Stillsäugegeld des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 M. täglich gezahlt, und zwar 13 Wochen lang.

2. Gruppe Kriegswochenhilfe: Dieselben Leistungen auch die nicht der Krankenkassenversicherungspflicht unterliegenden Wöchnerinnen, wenn ihre Ehegatten durch Krieg, oder ähnliche Dienste keinen Erwerb hatten. In diesem Fall zahlt das Reich die Kosten.

3. Gruppe Familienhilfe: Die versicherungsfreien Frauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder von kranken Männern erhalten, so weit sie mit diesen in häusl. Gemeinschaft leben, dieselben Leistungen von der Krankenkasse. Jedoch der Betrag des Wöchengeldes auf 1,50 M., der des Stillsäugegeldes auf 75 Pfg. festgelegt. In Fällen, in denen uneheliche zungslingsfähigkeit sind, haben Krankenkasse und Reich einen Anspruch auf diese.

4. Gruppe Wochenfürsorge: Hierunter fallen alle bemittelten Wöchnerinnen, die weder selbst versichert noch durch ihre Familienmitglieder der Fürsorge einer Krankenkasse unterstehen. Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin, wenn sie und ihr Ehemann ein Jahresverdienst von weniger als 2005 M. haben, wobei für jedes Kind unter 15 Jahren ein Betrag von 250 M. zugerechnet. Eine unverheiratete Wöchnerin gilt als minderbemittelt, ihr Jahreseinkommen 2000 M. nicht übersteigt. Jedes Kind auch bei ihr für jedes schon vorhandene Kind 250 M. gerechnet. Die Leistungen der Wochenfürsorge sind die wie bei Gruppe 3. Die Krankenkassen legen die Kosten des Reichs erst jetzt ihnen diese Kosten.

Die Regelung dieser Bestimmungen, die besonders Ortskrankenkassen neue, große Pflichten und Lasten aufbürdet, ist eine vorläufige. Bei einer demnächstigen Reichsversicherungsordnung muß auch diese Wochenhilfe gütig geregelt werden.

Vermischte Nachrichten.

„Imperator“ und „Baterland“. Der deutsche Dampfer „Baterland“, der insgesamt 200 000 kanische Soldaten nach Amerika zurückgebracht hat, ist für Passagierfahrten in Stand gesetzt und soll von den kanischen Schiffsverkehrsbehörden Ende dieses Jahres in gestellt werden. Er soll zwischen Liverpool und New York verkehren und bis nach Hamburg. Die nach der Beschädigung des Dampfers hat 1 Million Dollars gekostet. Wie die Presse berichtet, ist der Dampfer auf seinen während des Krieges mehrmals mit knapper Not der Beschädigung durch die deutschen U-Boote entgangen. „Imperator“ ist an England angeliefert und wird englischen Passagiertratte zugeteilt werden, die nach London nach Kanada, Mittel- und Südamerika führt wird.

„Lynchjustiz“. In der amerikanischen Stadt San Francisco kam es zu Regentwahlen. 210 000 Mann stürmten das Rathaus und hängten einen Regent, der beschuldigt wurde, die

...daß eine weiße Frau vergangen zu haben. Das Gefängnis
...eingezeichnet. Der Bürgermeister, der sich zunächst we-
...den Reger auszuliefern, wurde vom Böbel ergriffen
...geschlagen, und nur mit Mühe gelang es der Polizei,
...vor dem Erhängen zu bewahren. Die Kriminalisten setzten sich
...Stunden lang fort. Alle Reger auf der Straße wurden
...gegriffen. 2000 Soldaten waren zur Wiederherstellung der
...ordnung notwendig. 56 Personen sind verwundet worden.
...Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Wotan

gasgefüllt

Das reinweiße Licht

In Bad Ems zu haben bei der Malbergbahn-A.G.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Niederrhein, 3. Okt. In der letzten Stadter-
wählung teilte Bürgermeister Kobb mit, daß aus dem
Lager eines 20 Zentner Ruder gestohlen worden sind.
Zurück sollte zu einer Sonderzulage an Kranke und Kinder
werden. Das Strafverfahren ist bereits eingeleitet.
Stadterwählten stimmten u. a. eine Erhöhung des
Preises um 11 Pfennig unter der Bedingung zu, daß bei
Abbau der Kohlenpreise der Gaspreis im selben Ver-
hältnis zu sinken habe, und das Niederrhein nicht teurer
werden dürfe, wie Koblenz oder andere Orte des Be-
reichs der Gesellschaft.

Coblenz, 2. Okt. In den letzten Tagen war hier all-
gemein das Gerücht verbreitet, es seien paraktische Ueber-
nahmen im Gange. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß der
Bürgermeister auf Veranlassung der amerikanischen Be-
sitzer des folgenden veröffentlicht: Das Erörtern einer Streik-
bewegung für Generalalarm. Bei diesem Alarm müssen alle
Bürger sich sofort in die Häuser begeben, wo sie zu verbleiben
haben, bis abgesehen wird. Innerhalb der Häuser muß jeder
außer Sicht sein und darf nicht an Fenster und Türen
hinaus sehen. Alle Straßenbahnwagen und Kraftwagen, die keinen
Schwamm auftragen, müssen sofort stillhalten. Pferde-
karren auf irgendeinen Platz fahren, der ihnen durch die
Märkte angeordnet wird.

Coblenz, 3. Oktober. Das Proviantamt Coblenz hat
am 1. 10. 19 aufgehört zu bestehen und ist in ein Reichs-
verwaltungsamt umgewandelt worden, das nicht mehr zur Armee
gehört, sondern der Reichsvermögensverwaltung untersteht. Zur
Abwicklung noch schwebender Fragen ist für das Proviantamt
eine Abwicklungsstelle eingerichtet.

St. Goarshausen, 3. Okt. Der Kreisarzt, Geheimer
Medizinalrat Dr. Mayer, in St. Goarshausen trat am 1. Okt.
in den wohlverdienten Ruhestand. Die kommissarische
Verwaltung der Kreisstelle ist dem Kreisassistenten Dr. Stamm
in St. Goarshausen übertragen worden.

Höchst a. M., 3. Okt. Wegen Kohlenmangels sind die
Häuser der Arbeiter, vom kommenden Montag ab
zum großen Teil ihrer Heizung bis auf weiteres stillzulegen.
Die Arbeiter haben auch die Chemischen Werke
in Höchst zu kämpfen, wo ebenfalls eine größere Be-
schneidung eintreten soll. — Das
Kommunikationsamt des Innern und des Kultus haben dem Kreis-
rat Dr. Hindrichs in einem direkt an ihn gerichteten
Bescheid mitgeteilt, daß sie ihm die Landratsgeschäfte, die er
am 14. Tagen übernahm, nicht gestatten. In diesem Sinne
auch der Wiesbadener Regierung Mitteilung gemacht worden.

Höchst, 2. Okt. Dem Güterüberwachungsamt der
Polizei ist es gelungen, zwei Personen festzunehmen.
Sie hatten systematisch mit der Verabreichung von Gütern
beschäftigt. Die Verhafteten haben Güterverordnungen unterschrieben,
die nach Frankfurt bestimmt waren und infolge der Grenz-
kontrollen hier mehrere Tage stehen mußten. Bis jetzt konnten
etwa 20 000 Mark des gestohlenen Gutes wieder herbeigeführt werden.

Schlichtern, 3. Okt. Der Kreistag beschloß zur Dedung
der Kosten für die Ueberlandzentrale die Aufnahme einer Anleihe
von 3 Millionen Mark bei der Reichspostkasse. Zur Aufbringung
der Kosten für den Arbeiter- und Soldatenrat ist die Erhebung
von Arbeitssteuern erforderlich.

Schlicht, 2. Okt. Eine Stiftung des Fabrikanten
Höchst ermöglicht die Anbringung aller Hauswappen
der hiesigen Bürgermeister der Stadt Schlicht im Rathaus. Die
hiesigen Bürgermeister wurden von dem hiesigen
Bürgermeister Schradner ausgeführt. Außerdem wurde auf städti-
sche Kosten das Schlichter Stadtwappen, dessen Einzelheiten er-
stlich festgestellt wurden, im Rathaus angebracht. Schlicht
ist eine sehr alte Siedlung, denn ihre Kirche stammt noch aus
der Karolingerzeit.

Aus dem Unterlahnkreise.

Im Winterfahrplan hat sich ein Druckfehler eingeschli-
chen, der aber als solcher ohne weiteres erkennbar ist. Der Vor-
fahrplan Coblenz ab 10,45 Uhr trifft in Ems 11,27 Uhr ein
und fährt 11,30 Uhr weiter. Obgleich in dem amtlichen Fahr-
plan der Zug Coblenz ab 12,32 Uhr als Werktagszug bezeichnet
ist, so ist er auch am gestrigen Sonntag.

Die Arbeitslast der Landbürgermeister stand bisher
in einem Verhältnis zu der Vergütung. Schon oft sind be-

rechtigte Klagen darüber laut geworden, die Arbeitszeit, und
auch jetzt noch, bräute den Landbürgermeistern ein erhebliches
Mehr an Arbeit, die Vergütungen aber blieben dieselben. Jetzt
hat die Behörde einen Mindesttag festgesetzt, der pro Kopf der
Gemeinde 250 Mark beträgt. In den Gemeinden, wo bereits
mehr bezahlt wird, bleibt es bei der alten Vergütung.

1. Oktober, 5. Okt. Bei der Gründung der
hiesigen Gemeindebauernschaft wurde der Landwirt Wilhelm
Stauch zum 1. Vorsitzenden, Heinrich Diehl zu seinem Stell-
vertreter, Georg Bornwäster, Ludwig Diehl und Karl Pfeiffer
zu Beisitzern, Bürgermeister a. D. Schernack zum Kreis-
deputierten gewählt.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Der Uebergang zur westeuropäischen Zeit hat
gestern hier mancherlei Schwierigkeiten gemacht. Dies machte
sich namentlich bei den Versammlungen, an denen gestern in
Ems Hochfest war, bemerkbar. Die Uhr der evangel. Pfarr-
kirche zeigte noch alte Zeit, während Bahn- und Nachschau-
uhr umgestellt waren. Es ist wohl selbstverständlich, daß jetzt
auch im bürgerlichen Leben die westeuropäische Zeit gilt, nachdem
Post- und Eisenbahn sie eingeführt haben. Im übrigen war die
Umstellung der Uhren in dem von Franzosen besetzten Gebiet
bereits vor längerer Zeit angeordnet worden. Wie uns aller-
dings mitgeteilt wird, ist bisher die formelle Anordnung
noch nicht eingetroffen.

Die Post-Schalterdienststunden für Bad Ems sind
vom 4. Oktober ab wie folgt festgesetzt worden: Werktags: von
8—12 Uhr vormittags, von 2—5 Uhr nachmittags. Sonntags:
von 8—9 Uhr vormittags, von 12—1 Uhr mittags. Die
Dienststunden für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr sind
vom 5. Oktober ab an Werktagen von 8 Uhr vormittags bis
9 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen von 8—1 Uhr und
5—6 Uhr festgesetzt.

Arbeitsjubiläen. Auf dem Blei- und Silberwerk Ems
konnten der Dreher Johann Zimmermann aus Hochbach
auf eine 60jährige Dienstzeit und der Dreher Christian Kaff-
n und Werkstättenarbeiter Peter Bachbach, beide aus Ems,
auf eine 50jährige Dienstzeit zurückblicken. Den Jubilaren
sollten größere Geldbeträge als Ehrengabe seitens der Gesell-
schaft überreicht worden sein.

Besuchwechsel. Das Haus „Stende“, Braubacherstraße
55 mit Metzgerei und Restauration ging durch Kauf am 1.
Oktober in den Besitz des Metzgermeisters Karl Huth, Ems,
über.

Die demokratische Stadtverordnetenliste ändert
sich, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, dahin, daß
Schreinermeister Dieckhoff, Spenglermeister Daniel, Studien-
assessor Hencke auf ihre Kandidatur verzichtet haben.

Die Gemeindebauernschaft Bad Ems wurde
am Sonntag nachmittag in einer Versammlung der selbständigen
Ems Landwirte gegründet. In seinen einleitenden Worten
schätzte Landwirt Gottfried Diehl an Hand der Verhandlungen
in Höchst die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses auch
für Ems. Durch geheime Wahl wurde folgender Ausschuss ge-
wählt: 1. Vorsitzender Gottfried Diehl, 2. Philipp Jakob
Schupp, Beisitzer Karl Vogt, Johannes Diehl und Karl
Schupp. Ferner wurden in zwangloser Form eine Anzahl
wirtschaftlicher und kommunaler Fragen, auch die Stadter-
ordnetenwahl erörtert. Der Bauernschaft sind bereits 36 Mit-
glieder beigetreten.

Beamtenverein. Die Hauptversammlung des Beamten-
vereins, die am Samstagabend im „Weinischen Hof“ tagte,
erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Die Tagesordnung,
Stadterwahlenwahl, gab Veranlassung zu einer
sehr regen Aussprache, an der sich die Herren Pfingmeyer,
Kopfermann, Stroch, Krause, Major, Sehr, Hencke, Staat be-
teiligten und die Frage klärten, ob wirtschaftlich oder partei-
politisch zu wählen sei. Obgleich der Beamtenverein in seiner

Stärke von 350 Haushaltungsvorständen ein fünftel der Wahl-
berechtigten darstellt, wurde von einem eigenen Wahlvorstand
Abstand genommen, den Mitgliedern aber dringend ans Herz
gelegt, innerhalb ihrer Parteien zu werben, daß geeignete
Beamtensvertreter in entsprechender Anzahl auf aussichtreiche
Stellen der Kandidatenliste gesetzt werden. Es wurde durch Zuruf
einz. Konvention, bestehend aus je 2 Mitgliedern der hier
organisierten politischen Parteien gebildet, die im besonderen
diese Aufgabe zu erfüllen hat. Der Vorsitzende teilte mit, daß
am Dienstag, den 14. Oktober in der Turnhalle einen Por-
trag des Vorsitzenden des deutschen Beamtenbundes Dr.
Hölle stattfinden wird, dem aus Beamten- und Angestellten-
kreisen großes Interesse entgegengebracht werden dürfte. Im
weiteren Verlauf kam die Wohnungsnot zur Sprache,
ihre Ursachen und Auswirkungen. Es wurde festgestellt, daß
schon jetzt eine Anzahl von Ems Familien durch zulehnde
Vermietung in Mitleidenschaft gezogen wird; ein eigentliches
Mietereinigungsamt wurde auch für hier gefordert. Der Vorstand
wird in einer Eingabe an den Magistrat am baldmöglichste
Gegenmaßnahmen bitten. Zur Kartoffelversorgung
wurde bemerkt, daß die Landwirte sich weigern, die Kartoffeln
zu dem festgesetzten Höchstpreis abzugeben, sondern diesen unge-
heuer überfordern. Leider sind auch Konsumenten vielfach schuld
durch unbillige Preisangebote. Lokale Vorfälle dieser Art wur-
den mit Namensnennung vorgebracht. Eine Eingabe an die
Behörde soll Abhilfe verlangen.

Die Zentrumspartei Bad Ems hielt am Sonntag in
der Städtischen Turnhalle eine gut besuchte Versammlung
ab, die sich unter Leitung von E.-M. Dr. Stemmler zu-
nächst mit Organisationsfragen beschäftigte. Dabei wurde
das vom Vertrauensmänner-Ausschuss ausgearbeitete Statut
ohne Abänderung genehmigt und der Ausschuss selbst in
vollem Umfange wiedergewählt. Danach wandte man sich
den Kommunalwahlen zu. Der Vorsitzende E.-M. Dr.
Stemmler erklärte, daß die Zentrumspartei ebenso wie im
Frühjahr auch heute noch für eine Einheitsliste zu haben ist.
Er legte dann das Kommunalprogramm der Zentrumspartei
vor, das, wie er betonte, den Wahlspruch des Zentrums:
Für Wahrheit, Freiheit, Recht, in vollem Umfange ebenso
zur Geltung bringt wie die von den Fraktionen der National-
und Landesversammlung angenommenen Richtlinien mit der
erforderlichen Rücksichtnahme auf die örtlichen Verhältnisse.
Natürlich kam auch in diesem Kommunalprogramm der
christliche und soziale Charakter der Partei zu prägnantem
Ausdruck, mit der bekannten Forderung nach Parität der
Konfessionen und Schutz der konfessionellen Minderheiten.
E.-M. Dr. Stemmler legte dann die von dem Vertrauens-
ausschuss ausgearbeitete Kandidatenliste vor. Weil
dazu einige Änderungsanträge gestellt wurden, so stimmte
die Versammlung selbst über die Reihenfolge der Kandidaten
ab. Auf diese Weise kam folgende Liste zustande: E.-M. Dr.
Stemmler, Maschinenmeister Klaus, Oberstadtkellner Sehr,
Rektor Malzbender, Gärtner Zanner, Fr. Boer, Landwirt
Joh. Heinrich Hermann, Werkarbeiter Georg Schuster, Post-
bote Stahlhofen (zugleich als Vertreter der Kriegsbeschädig-
ten), Tapezierer Pfaff, Kaufm. Bachwinkel, Werkarbeiter
Ab. Lappas, Kurlosterwirt Max Marschang, Weichensteller
Anton Sarholz, Landwirt Gottfr. Diehl, Frau Joh. Her-
mann, Rentner Olschewski, Konsumverwalter Zschaf, Ma-
schinenmeister Wilmerod, Schneidermeister Jol. Anst, Frau
Julius Klein, Brunnenaufseher Dorweiler, Werkarbeiter
Dommermuth; an die letzte Stelle dieser Liste soll noch ein
Kandidat gesetzt werden, dessen Auswahl dem Vertrauens-
männerausschuss überlassen wurde. Die ganzen Verhand-
lungen waren getragen von der bekannten Einigkeit der
Zentrumspartei.

Dr. Zimmermann'sche
kaufmänn. Privatschule
Inh. CARL HACKE,
beeidigter Bücherrevisor.
Coblenz,
Hohenzollernstrasse 148.
Am 7. Oktober beginnen
Handelsfachklassen
von einjähr. Dauer f. jüngere
Personen.
Halbjahrsklassen
für reifere Personen beider
Geschlechter, besonders für
Militärentlassens
Ferner beginnen im Oktober
Abendkurse.
Näheres durch Prospekt und
mündliche Auskunft.

Kaufe Möbel
ganze Einrichtungen zum
Hochpreiswert.
Heinrich Faulhaber,
Coblenz, Rheinstr. 6.
Telefon Nr. 1858.

Garantiert reiner
Leinölkitt
liefert billigst
Albert Maus, Diez,
Glaseri u. Kittfabrikation
mit elektr. Betrieb. 1484

la Speise-Zwiebeln
offert zum billigsten Za-
gepreis. [507]
Joh. Räder, Vöppard.
Telefon 41.
Selbstgeboer verleiht
schnell Ratenzahl.
diskret **Geld,** gestattet.
J. Maus, Hamburg 5.

Eine neue Zeitschrift: Verlag Vobach & Co.
Mode und Wäsche.
Zeitschrift für die praktischen
Interessen der Frauenwelt.
Jedes Heft 60 Pfg. vierzehntäglich.
Mit den Gratis-Beilagen:
1) Schnittmusterbogen,
2) Handarbeitsvorlagen,
3) Handarbeitsbogen,
4) Unterhaltungsbeilage.
(Verlag von W. Vobach & Co., Leipzig.)
Bitte den Titel der
Zeitschrift für die Bestell-
ung genau zu notieren!
Zu bestellen
bei allen Buchhandlungen am Orte unter Angabe des
Verlages W. Vobach & Co. — Wo Ihnen keine Buch-
handlung bekannt ist, bestellen Sie die Zeitschrift:
„Mode und Wäsche“ am Schalter des nächsten Post-
amtes oder bei dem Briefträger Ihres Bestel-
bezirktes. Im letzteren Falle ist außer der Angabe
des Titels „Mode und Wäsche“ der Hinweis auf die
Post-Zeitungs-Preisliste 9er Nachtrag erforderlich.
Bestellzettel hier abzuschneiden!
An das Postamt.
Hiermit bestelle ich aus dem Verlage W. Vobach & Co., Leipzig,
für das Oktober—Dezember-Quartal
1 Expt. Mode und Wäsche. (Siehe Post-Zeitungs-
Preisliste 9. Nachtrag.)
Für Zustellung frei ins Haus 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich.
Name: _____
Wohnung: _____

Bekanntmachung.

Betr.: Ablieferungsprämie für Brotgetreide und Gerste.

Um die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste weiter zu beschleunigen, hat der Staatskommissar für Volksernährung bestimmt, daß die Ablieferungsprämie für Brotgetreide und Gerste von 150 Mk. für die Tonne noch bis zum 14. Oktober zu zahlen ist. Hiernach werden für alle Lieferungen vor dem 15. Oktober ds. Js. 7,50 Mk. per Zentner gezahlt.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, dies sogleich den Landwirten bekannt zu geben und für eine schnelle Ablieferung mit allen Mitteln einzutreten, zumal trotz meiner Umdruckverfügung vom 6. September ds. Js., S.-Nr. 8359, von vielen Landwirten noch Getreide zurückgehalten wird.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

J. R.

Scheuern.

Befehl und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlandkreises.
Abt. 1, Major.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.**Volkszählung.**

Am 8. Oktober ds. Js. findet eine allgemeine Volkszählung statt. Unser Stadtbezirk ist hierfür in 35 Bezirke eingeteilt. Das Zählgeschäft wird durch hiesige Damen im Ehrenamt besorgt, deren Namen im unten ausgeführten Verzeichnis bekanntgegeben sind. Die Einwohner werden gebeten, den Zählern ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern, indem sie die ihnen zugestellten Formblätter sorgfältig ausfüllen und zur Abholung bereit halten. Den Anweisungen der Zählerinnen, die während der Dauer des Zählgeschäftes die Eigenschaft eines Beamten besitzen, ist Folge zu geben. Wer sich weigert, die vorgeschriebenen Eintragungen in die Listen zu machen oder wer offensichtlich wahrheitswidrige Angaben macht, wird mit einer schweren Strafe belegt.

Verzeichnis

über die Abgrenzung der Zählbezirke sowie Bezeichnung der Zählerinnen im Stadtbezirk von Bad Ems.

1. Bezirk: Braubacherstraße 1—30, Fräulein Luzie Klein.
2. Bezirk: Braubacherstr. 31—59, Fräulein Johanna Brühl.
3. Bezirk: Malberg und Waldstraße, Fräulein Maria Wönneltes.
4. Bezirk: Wintersbergstraße, Fräulein Rosa Medelberger.
5. Bezirk: Kapellenstraße, Wiesbach und Bahnhofspatz, Fräulein Gertrude Stemmer.
6. Bezirk: Bahnhofstraße, Alexanderstraße und Badhausstraße, Fräulein Anna Werner.
7. Bezirk: Mainzerstraße, Viktoriastraße bis Bella Riva, Schweizerhaus, Obere Malbergstraße, Fräulein Ruth Weingarten.
8. Bezirk: Wilhelmsallee, Fräulein Käthe Langus.
9. Bezirk: Lahnstraße 1—45, Fräulein Gusti Moser.
10. Bezirk: Lahnstraße 46—89, Fräulein Romy Nink.
11. Bezirk: Grabenstraße 1—25, Fräulein Helly Kirchner.
12. Bezirk: Grabenstraße 26—50, Fräulein Helene Barth.
13. Bezirk: Grabenstraße 51—59, Eintrachtsgasse und Konfidiarium, Fräulein Marie Oberhoffer.
14. Bezirk: Obere Grabenstraße, Obertal und Pfahngarten, Fräulein Jenny Kasmann.
15. Bezirk: Römerstraße 1—40, Fräulein Hedwig Kolwad.
16. Bezirk: Römerstraße 41—80, Fräulein Lotte Roth.
17. Bezirk: Römerstraße 81—96, Rathhausstraße und Gärtenstraße, Fräulein Franziska Müller.
18. Bezirk: Viktoriaallee u. Oranienweg, Fräulein Mathilde Ernst.
19. Bezirk: Bleichstraße, Fräulein Josefine Müller.
20. Bezirk: Weidhellerweg, Krummenauerweg u. Ludwigstraße, Fräulein Emmy Achenbach.
21. Bezirk: Mühlgasse, Fräulein Minna Hagert.
22. Bezirk: Kirchgasse und Fronhof, Fräulein Minna Schumacher.
23. Bezirk: Marktstraße 1—30, Fräulein Minna Merz.
24. Bezirk: Marktstraße 31—60, Fräulein Bertha Diez.
25. Bezirk: Marktstraße 61—72, Lindenstraße, Diakonissenheim und Hohe Mauer, Fräulein Elisabeth Koll.
26. Bezirk: Braubacherstraße, Weiher Stein, Forsthaus Ems, Fräulein Franziska Vichte.
27. Bezirk: Coblenzerstr. 1—42, Fräulein Luise Marzhang.
28. Bezirk: Coblenzerstraße 43—53, Fräulein Luise Menges.
29. Bezirk: Arenbergerstraße, Oberer Flurweg, Gräberheide, Jungfernhöhe, Fräulein Luise Koh.
30. Bezirk: Schulstraße und Schlachthofstr., Fräulein Rosa Körner.
31. Bezirk: Friedrichstraße und Bachstraße, Fräulein Johanna Weisbrod.
32. Bezirk: Silberaustraße und Wallgasse, Fräulein Luise Peter.
33. Bezirk: Silberau, Ernst Born-Strasse und Lindenbach, Fräulein Minna Merz.
34. Bezirk: Neubühnengasse und Fahrenberg, Fräulein Minna Rosenbach.
35. Bezirk: Emserhütte und Eisenbach, Fräulein Pauline Stähler.
36. Bezirk: Pfingstwiege, Fräulein Lotte Kasmann.

Der Magistrat.

Lebensmittelverteilung.

Verkaufstage von Mittwoch, den 8. bis 12. Oktober.
Verkauf: Inhaber der Rundenlisten.
Graupen, 250 Gramm auf Nr. 9 der Lebensmittelkarte.
Bad Ems, den 4. Oktober 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Gewerbeverein Ems.

Die Vertreter der einzelnen Fachorganisationen werden nunmehr auf Montag, den 6. Oktober, abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr in den Rheinischen Hof eingeladen.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vorstandes des Gewerbevereins über das nächste Arbeitsprogramm.
2. Beschlußfassung über den entgeltlichen Zusammenschluß.
3. Besprechung über Reinigung im Gewerbeverein.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Samstag nachm. 4 Uhr verschied nach längerem mit größter Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 78 Jahren, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten, mein guter Gatte, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager u. Onkel

Herr Karl Back,

Bäckermeister,

Veteran von 1866, 1870/71.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Margar. Back, geb. Priestersbach u. Kinder.

Bad Ems, Karlsbad, Solingen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 7. Oktober nachm. 4 Uhr vom Sterbehause, Coblenzer Str. 14 aus statt.

Seelenamt Mittwoch Morgen 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Statt Karten.

Heute Nacht entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden im eben vollendeten 40. Lebensjahre mein geliebter Mann, unser treuer Bruder, Nefte, Schwager und Onkel, der

Rechtsanwalt

Carl v. Ibell

aus Wiesbaden.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Elisabeth v. Ibell geb. Meyer.

z. Z. Göttingen, 2. Oktober 1919.

Webstraße 27.

Einäscherung erfolgt in Gotha.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 9^u meinen innigstgeliebten Mann, unsern herzensguten Vater, Großvater u. Schwiegervater

Herr Daniel Pfeiffer,

Bäckermeister

im Alter von 56 Jahren nach langem in Geduld ertragenem Leiden in ein besseres Jenseits abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Pfeiffer,

„ Wilh. Klees,

„ L. Reinhardt,

„ Wilh. Rump.

Flacht, den 5. Oktober 1919.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 7. Oktober 1919 um 4 Uhr statt.



Selbst-Schneidern

kann

jede Dame

Kleider, Wäsche und alle Kinderkleidung nach den hübschen Modellen, prakt. Ratsschlagen und vorzüglichen Schnitten der Deutschen Moden-Zeitung

Vierteljährlich 6 Hefte mit Schnittbogen für nur Mk. 3,60
Bestellen Sie kostenlos Probeheft beim Verlag Otto Meyer, Leipzig 2.

Bonsbücher

mit 1673 Bons zu haben in der
Druckerei Commer, Bad Ems.

Kath. Kirchenchor „Cäcilia“, Ems.

Morgen Dienstag, Beginn der Gesangstunden alles zur Stelle. Neue Mitglieder sind willkommen.

Der Vorstand.

Große**Versteigerung**

von Betten sowie anderen

Möbilen

findet

Freitag, den 10. Oktober, vorm. 10 Uhr

und Samstag nachmittag 1 $\frac{1}{2}$ Uhr

im Hotel „Stadt Straßburg“,

Bad Ems, statt.

[935]

Landgüter Landhäuser

Bergwerks-

unternehmungen

Mutungen, Gelände, pp.

sowie Objekte aller Art sucht

stetsfort für vorgemerzte Käufer

die bekannte Güteragentur

H. Böhm, Frankfurt a. M.,

Günthersburgallee 11.

Geld

In jeder Höhe

monat. Rückzahlung

verleihen sofort

H. Blume & Co., Hamburg 5.

Gebrauchter

Rassenschrank

sofort zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten unter Nr. 318

an die Geschäftsstelle.

Ein ostfriesländisches

Milchschaf

zu verkaufen.

[967]

Arnold, Dausenau.

Volständige

Büroeinrichtung

oder einzelne Teile derselben

zu kaufen gesucht

Angebote unter Nr. 319

an die Geschäftsstelle.

Fluge Frauen

gebrauchen bei

Regelstörung

und Eklodung meine in den har-

nächtigen Fällen bewährten

Special-Mittel. Vollst. unschädlich!

mit Garantiechein, wenn alles

nicht gehorht, machen Sie noch

einen Versuch, auch Sie werden

mir stets dankbar sein.

Verandhaus „Gansa“

Hamburg, Paulstr. 21.

Geld verleihen an sichere

Leute

monat. Rückzahlung.

H. Blume & Co., Hamburg 5.

M. 50 Belohnung.

Ein rechtlicher großer

Saphir

aus einem Ring

verloren

[1]

auf dem Wege Kurfaal-De-

saal nach Hotel Kurhaus.

Abzugeben im Bureau des

Hotel Kurhaus, Ems.

Verloren

goldene Damenuhr auf dem

Wege Braubacherstr. Bahnh.

Forsthaus. Gegen gute Be-

lohnung abzugeben

[2]

Neuener, Braubacherstr. 41.

Junger, weißer

Fox-Terrier

mit braunen Flecken ent-

laufen. Gegen Belohnung

abzugeben

[991]

Rönig,

Kalhof, Post Balduinstein

Kaufe Möbel

ganze Einrichtungen zum

Höchstwert.

Georg Faulhaber,

Coblenz, Florenz Platz

Gasse 5, Telefon 592

Kart. genügt.

Feinstes

Kolosschmalz

wieder eingetroffen bei

Fran Kapp, Bad Ems.

Eine gut erhaltene

Schneidermaschine

zu verkaufen.

Grabenstraße 43, Ems.

1 Plüschsofa, 1 Ecksessel

1 Paar Herrenschürzen

zu verkaufen. Rüd. Besch.

[967]

Arnold, Dausenau.

Volständige

Büroeinrichtung

oder einzelne Teile derselben

zu kaufen gesucht

Angebote unter Nr. 319

an die Geschäftsstelle.

Fluge Frauen

gebrauchen bei

Regelstörung

und Eklodung meine in den har-

nächtigen Fällen bewährten

Special-Mittel. Vollst. unschädlich!

mit Garantiechein, wenn alles

nicht gehorht, machen Sie noch

einen Versuch, auch Sie werden

mir stets dankbar sein.

Verandhaus „Gansa“

Hamburg, Paulstr. 21.

Geld verleihen an sichere

Leute

monat. Rückzahlung.

H. Blume & Co., Hamburg 5.

M. 50 Belohnung.

Ein rechtlicher großer

Saphir

aus einem Ring

verloren

[1]

auf dem Wege Kurfaal-De-

saal nach Hotel Kurhaus.

Abzugeben im Bureau des

Hotel Kurhaus, Ems.

Verloren

goldene Damenuhr auf dem

Wege Braubacherstr. Bahnh.

Forsthaus. Gegen gute Be-

lohnung abzugeben

[2]

Neuener, Braubacherstr. 41.

Junger, weißer

Fox-Terrier

mit braunen Flecken ent-

laufen. Gegen Belohnung

abzugeben

[991]

Rönig,

Kalhof, Post Balduinstein